

Aufruf: Positionierung zum Völkermord in Afrin

Seit dem 20. Januar 2018 greifen türkische Streitkräfte gemeinsam mit der radikal-islamistischen FSA (Freie Syrische Armee) die in Syrien gelegene Provinz Afrin mit rund 800.000 Einwohnern an. Die Angriffe führen zu Todesopfern unter Zivilisten, ganze Wohngebiete in der Provinz Afrin und im Stadtzentrum werden zerstört sowie historisch-kulturelle Erbgüter vernichtet (z.B. Kawa-Statue). Die Luftangriffe und Bombardierungen der Türkei zielen vor allem auf die Infrastruktur, Wasser- und Stromversorgung, Krankenhäuser und Bäckereien ab, um die Evakuierung der Anwohner zu erzwingen. Zudem finden seit der Besetzung des Stadtzentrums am 18. März sukzessiv Plünderungen in Geschäften und Dörfern statt. Hierbei spielt besonders der medizinisch-humanitäre Aspekt der Grundversorgung eine zentrale Rolle, da das einzige in Afrin bestehende Krankenhaus angegriffen wurde. Den Angriffen fielen bisher über 500 Zivilisten zum Opfer, die ihre Heimat nicht verlassen wollten; und weiterhin 820 Kämpferinnen und Kämpfer der YPJ/ YPG, die Afrin verteidigten. Nach der Vertreibung der heimischen Bevölkerung werden dort radikal-islamistische Gruppierungen angesiedelt.

Die Türkei ist über die Errungenschaften Rojavas beim Sieg über den Islamischen Staat (IS) und beim Neuaufbau eines Systems, das auf direkter Demokratie, Gleichberechtigung der Geschlechter und Ethnien, Säkularismus und Umweltschutz beruht, beunruhigt. Die Stärkung dieses demokratischen Projekts, welches die Region stabilisieren kann, steht dem Autoritarismus entgegen, welcher in der Türkei vorherrscht. Deshalb mobilisierte die Türkei all ihre Ressourcen, um die demokratische Selbstverwaltung in Rojava zu zerschlagen. Die Entwicklungen in Rojava wurden jedoch von der heimischen Bevölkerung unterstützt. Insbesondere Afrin gehörte seit dem Krieg in Syrien im Jahr 2011 zu den sichersten Gebieten des zerstörten Landes und ist damit Zufluchtsort für Eziden, Christen, Aleviten und Muslime verschiedener ethnischer Herkunft. Zum einen sind die Einheimischen Afrins der Vertreibung ausgesetzt, zum anderen sind sie auf ihrer Flucht den permanenten Bombardierungen seitens der türkischen Streitkräfte ausgesetzt. Obwohl der Flüchtlingsstrom seit dem 20. Januar intakt ist, werden seitens UN keine Zusicherungen für die Geflüchteten gewährleistet. Die verbliebenen Einheimischen, die sich mangels eines Zufluchtsortes geweigert haben, die Stadt zu verlassen, sind dem Tod ausgesetzt. Offensichtlich und nach Erdogans Worten „Heute sind wir in Afrin, morgen werden wir in Manbidsch sein. Übermorgen werden wir gewährleisten, dass der Osten des

Euphrats bis zur irakischen Grenze von Terroristen gesäubert wird, so Gott will“,¹ findet ein Völkermord statt, der seine geographischen Grenzen noch ausweiten wird. Dieser Genozid trägt nahezu einen historischen Stellenwert.

Offiziell begründet die Türkei ihren Einmarsch und die Besetzung Afrins als Reaktion auf vermeintliche Angriffe aus Afrin gegen die Türkei. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages erklärte, dass die Türkei für die vorgeworfenen Angriffe aus Afrin keine Beweise vorgelegt hat und bezweifelt die Rechtmäßigkeit ebendieser Vorwürfe. Trotz der Verabschiedung einer Resolution des UN-Sicherheitsrates über einen 30-tägigen Waffenstillstand in ganz Syrien haben sich die Angriffe des NATO-Mitglieds Türkei verschärft. Die Türkei agiert ohne ein offizielles NATO-Mandat. Der Einmarsch ist völkerrechtswidrig und verstößt gegen die Nürnberger Prinzipien sowie gegen Art.2 Abs. 4 der UN-Charta. Ungeachtet eines ausgerufenen Waffenstillstandes und der Völkerrechtswidrigkeit des Einmarsches hat die Bundesregierung erneut Waffenlieferungen an die Türkei genehmigt.

Die Invasion Afrins ist die Fortsetzung des Völkermordes an der kurdischen Bevölkerung; mehr noch ist sie ein Angriff auf Freiheit, Demokratie und die Würde des Menschen. Es ist die Pflicht der internationalen Gemeinschaft, den Menschen zu helfen, die zu Hunderttausenden der türkischen Verfolgung zu entkommen versuchen.

Wir rufen Sie dazu auf, sich gegen diese Angriffe auf Afrin zu positionieren und die Bundesregierung dazu aufzufordern,

- sich bei der UN, dem Europäischen Parlament sowie der NATO für die Einstellung der Angriffe auf Afrin,
- die Errichtung einer Flugverbotszone,
- die sichere Rückkehr der vertriebenen Bevölkerung einzusetzen.

MAF-DAD e.V.

Arbeitsgruppe Afrin

¹ <https://www.n-tv.de/politik/Erdogan-Vertreiben-YPG-aus-Nordsyrien-article20328699.html>